

Archiv  
Büro der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
24. AUG. 1965

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/158

Bonn, den 19. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeiler

1 Aus dem Wahlkampf heraushalten 46

Zur Diskussion über die Passierscheinverhandlungen

2 - 3 Wahlhelfer Erhard 70

Von Waldemar von Knoeringen  
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

4 Es darf gelacht werden... 35

Hessens Christdemokraten wissen nicht,  
was in ihren Lande vorgeht  
Von Herbert Berneitinger

5 Am Ende der Bundesschlange 50

Sorgen der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein

6 Wird Erhard von seinen Freunden ausmanövriert? 41

Der Kanzler im Spiegel der Presse

+ + +

Aus den Wahlkampf heraushalten !

Zur Diskussion über die Passierscheinverhandlungen

sp - Es dürfte der Bundesregierung schwerfallen, dem von Vizekanzler, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und FDP-Vorsitzenden Dr. Erich Mende, öffentlich ausgesprochenen Vorwurf auszuweichen, durch Indiskretionen von Regierungsseite sei die Position des Berliner Senats und der Bundesregierung bei den Verhandlungen über das Passierscheinabkommen erschwert worden. Da der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, den gleichen Vorwurf gegenüber der Bundesregierung erhoben hat, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß sowohl der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen als auch der Regierende Bürgermeister von Berlin triftige Gründe für ihre Behauptung haben. Dr. Mende hat außerdem inzwischen angekündigt, er stelle Strafantrag gegen Unbekannt wegen Geheimnisverrat und der sich daraus ergebenden Schädigung der Interessen der Bundesrepublik und des Bundeslandes Berlin.

Schon am Mittwoch Abend kursierte in Bonner Journalistenkreisen das Gerücht, das Bundeskabinett habe deswegen so schnell eine ablehnende Haltung zum bisherigen Verhandlungsergebnis in Berlin eingenommen, um zu vermeiden, daß Willy Brandt in der Meinung der Bevölkerung als der erfolgreiche Initiator einer Politik der Hilfe für die Menschen im gespaltenen Deutschland noch sichtbarer als bisher in Erscheinung trete.

- \* Wir glauben nicht, daß die Bundesregierung derartige Motive ihrem
- \* ablehnenden Beschluß zugrunde gelegt hat. Wir glauben es deshalb
- \* nicht, weil es ungeheuerlich wäre, wenn eine deutsche Regierung, viel-
- \* leicht aus wahltaktischen Gründen, die Interessen der Deutschen dies-
- \* seits und jenseits von Mauer und Stacheldrahtzäunen beiseite schieben
- \* würde. Daher unterstellen wir auch, daß Gerüchte dieser Art falsch
- \* sind.

Unabhängig davon bleibt jedoch die Frage offen, ob tatsächlich gezielte Indiskretionen von Vorgängen und Verhandlungsergebnissen, die man in der Amtssprache als "Verschlußsache" bezeichnet, von Regierungsseite begangen worden sind. Vorsichtige Anfragen bei zuständigen Stellen haben keine Klärung dieser Angelegenheit erbracht. Vielmehr ließ man durchblicken, es könne sich allenfalls um eine "Unbedachtsamkeit" handeln, die zu entsprechenden Informationen geführt habe.

Gesetzt den Fall, diese Auskunft sei korrekt, dann sitzt im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung oder sogar im Bundeskabinett selbst jemand, der so dumm ist, daß er nicht weiß, durch welche Art von Informationen die Position der Bundesregierung in Verhandlungen mit den Zonenmachthabern geschwächt werden. Auch das wäre ein ausreichender Grund für einen möglichst baldigen Schichtwechsel in Bonn.

Wir hoffen jedoch immer noch, daß es bald zwischen der Bundesregierung und dem Berliner Senat zur Klärung der einzunehmenden Haltung bei den Passierscheinverhandlungen kommt. Es wäre verheerend, wenn durch Unbedachtsamkeiten oder falsches Verhalten von Bonner Regierungsstellen den Machthabern in Pankow Gelegenheit geboten würde, sich auf dem Umweg über Passierscheinverhandlungen in die Wahlauseinandersetzungen in der Bundesrepublik einzumischen. Den Schaden hätten die Mexxchen, um die es hier geht.

Wahlhelfer Erhard

Von Waldemar von Knoeringen

Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

- \* Waldemar von Knoeringen bereist als Mitglied der Regierungs-
- \* mannschaft der SPD in diesen Tagen Wahlkreise im nördlichen
- \* Deutschland. Sein Beitrag erreicht uns aus Ostwestfalen.

Dies ist bis jetzt das erstaunlichste Ergebnis aller Diskussionen und Gespräche meiner Wahlreise: Das außerordentliche Interesse der Bürger an denjenigen Fragen, die die Sozialdemokratie in den Vordergrund der Wahlauseinandersetzung gestellt hat. Die Diskussionen sind viel lebhafter, die Gespräche sachlicher und die Beteiligung weit stärker als beim Wahlkampf vor vier Jahren. Die Urlaubswochen jedenfalls tun der Wahlwerbung keinen Abbruch.

Eine zweite Feststellung ist zu treffen: Die Schimpfkanonaden des Bundeskanzlers machen es leicht, auf die unernste, unsichere und ziellose Politik der CDU hinzuweisen. Die Maßlosigkeit und Überheblichkeit des Erhard'schen Wahlkampfstils wirken mit Sicherheit gegen ihn und seine Partei. Er unterschätzt das kritische Urteil der Menschen, die nicht von vornherein auf die CDU eingeschworen sind.

Am meisten aber hat sich Erhard mit der Verhöhnung derjenigen geschadet, die die Mängel unserer Bildungs- und Wissenschaftspolitik als "Bildungsnotstand" bezeichnen. Die Menschen haben kein Verständnis für einen Bundeskanzler, der dazu nichts anderes zu sagen weiß als die von ihm immer wiederholte Formel: "Mit dem Begriff Bildungsnotstand wird ein ungeheuerlicher Unfug getrieben." Als rhetorische Entgleisung im Wahlgetümmel wäre eine solche Äußerung zu entschuldigen gewesen. Aber sie ist nicht rhetorisch, sie ist ernst gemeint, sie ist von ihm durch ähnliche Wendungen und Formeln verdeutlicht worden. Angefangen von den Eltern, die sich wieder krumm legen müßten, um ihre Kinder studieren zu lassen, bis zur Zurückweisung der berechtigten Kritik der deutschen Wissenschaftsorganisationen, die der Kanzler sogar namens der Bundesregierung durch seine sachlich völlig unkorrekte Erklärung beantworten ließ.

Es ist unschwer nachzuweisen, daß es sich bei all dem nicht nur um eine schlechte Wahlpropaganda der CDU, sondern um die tatsächliche Auffassung und um die erklärte Politik dieser Regierung handelt. Damit ist auch klar, warum diese Regierung die Ansätze für Wissenschaft und

Forschung im Bundeshaushalt kürzen ließ und warum die deutsche Wissenschaftspolitik in eine Krise geraten ist.

- \* Dieser Bundeskanzler hat kein Verständnis dafür, warum es in der
- \* Politik der kommenden Jahre geht. Er erkennt die Zeichen der Zeit
- \* nicht. Er hat mit seiner Verhöhnung aller positiven Kritik seine
- \* großgesprochenen Worte aus der Regierungserklärung vom 18. Okto-
- \* ber 1963 selbst vom Tisch gefegt. Er hat uns seine tatsächliche
- \* Einstellung offenbart und allen Menschen erschreckend klar ge-
- \* macht, daß am Steuer der Bundesregierung ein Mann steht, der die
- \* Meere nicht kennt, über die wir fahren, und der keinen Blick hat
- \* für die Gefahren, in die wir treiben. Er poltert herum und be-
- \* schimpft die Fahrgäste, die von ihm Auskunft über den Kurs des
- \* Schiffes erbitten.

Das ständige Gerede über eine "formierte Gesellschaft", die er als Zukunftsvision anpreist, verstehen die Menschen nicht. Nirgendwo bei meinen vielen Gesprächen auch mit politischen Gegnern ist mir dieser mystische Begriff begegnet. Der substanzlose Redeschwall Professor Erhards, seine wortreichen Beteuerungen, guten Absichten, nach denen er jahrelang selbst nicht gehandelt hat, zeigen den Menschen vielmehr die politische Unsicherheit dieses Mannes.

Den Bürgern im Lande ist in den letzten Monaten ein Weiteres klar geworden: Diesen Bundeskanzler trifft nicht nur die Verantwortung für die Notlage der deutschen Wissenschaft, für die Zerrüttung der Bundesfinanzen durch sinnlose Wahlgeschenke und für den ständigen Kaufkraftschwund der DM.

Die gleiche Politik ist auch für die Verschuldung der Gemeinden und die Finanzschwierigkeit der Länder verantwortlich, die die Hauptlast für die Erfüllung derjenigen Aufgaben tragen, die um der Wohlfahrt des einzelnen wie um der Lebensfähigkeit des Gemeinwesens willen gewaltige finanzielle Opfer erfordern.

Bei diesem von jedem Wähler durch eigene Anschauung leicht festzustellenden Sachverhalt ist es nicht schwer, die Führungs- und Ziellosigkeit der Politik des Kanzlers überzeugend darzustellen. Neben den vielen Wahlhelfern meiner eigenen Partei hat mir auf meiner nun dreiwöchigen Wahlreise niemand mehr geholfen als der Spitzenkandidat der CDU/CSU.

Es darf gelacht werden...

Hessens Christdemokraten wissen nicht, was in ihrem Lande vorgeht

Von Herbert Bermeitinger

Es darf gelacht werden. Über die christlich-demokratische Opposition in Hessen im allgemeinen und über den Deutschland-Union-Dienst der CDU/CSU im besonderen. Daß der CDU, nicht nur in Hessen, die hervorragenden Leistungen des Landes Hessen und seiner sozialdemokratischen Regierung mißfallen, weil Georg August Zinn und seinem Kabinett sowie der SPD immer mehr Vertrauen entgegengebracht wird, ist bekannt. Daß man auch neidisch auf all das ist, was die Sozialdemokraten in Hessen in die Tat umgesetzt haben - von Schulwesen bis zur sozialen Aufrüstung des Dorfes, von der Agrarpolitik bis zu den Dorfgemeinschaftshäusern, ist ebenfalls nicht unbekannt. Und daß man es aus durchsichtigen parteipolitischen Gründen nicht wahrhaben will, daß Hessen mit seinem "Großen Hessenplan" schon heute an die Notwendigkeiten von morgen und übermorgen herangeht. - als erstes Land der Bundesrepublik - versteht sich auch noch.

Nur Kopfschütteln kann es aber hervorrufen, wenn hessische CDU-Landtagsabgeordnete und der Deutschland-Union-Dienst die Öffentlichkeit glauben machen wollen, die CDU habe plötzlich Vorstellungen entwickelt, wie ein modernes Land Hessen zu schaffen sei. So jedenfalls berichtete DUD vor einiger Zeit:

- \* "Nur wenn diese von der CDU-Landtagsfraktion erarbeiteten
- \* Konzeptionen für ein modernes Hessen verwirklicht würden,
- \* sei Hessen in der Lage, seine Aufgaben in der zweiten Hälfte
- \* des 20. Jahrhunderts als Teil der Bundesrepublik im
- \* Rahmen der EWG zu erfüllen."

Es darf wirklich gelacht werden! Denn ist es nicht so, daß all das, was in Hessen in den letzten zwei Jahrzehnten an Vorbildlichem geleistet wurde, gegen den anhaltenden Widerstand der CDU entstanden ist? Wie lange hat es z.B. gedauert, ehe die Christdemokraten ihre destruktive Opposition gegen die Dorfgemeinschaftshäuser und Mittelpunkt- bzw. Zentralschulen aufgegeben hatten?

Nun, die Christlichen Demokraten können natürlich auch ihren Beitrag zu einem noch moderneren Hessen leisten. Sie sollten dann aber endlich das parteipolitische "Bremserrhäuschen" verlassen, auch wenn auf der Lokomotive für sie kein Platz frei ist. Im übrigen: Hessens Sozialdemokraten schaffen es auch so!

## Am Ende der Bundesschlange

### Sorgen der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein

K1 - Am 30. August wird das CDU/FDP-Koalitionskabinett unter dem Ministerpräsidenten Dr. Helmut Lemke vor dem schleswig-holsteinischen Landtag in Kiel dem sozialdemokratischen Oppositionsführer Wilhelm Käber Rede und Antwort stehen müssen. Die Sozialdemokraten verlangen Antwort auf eine große Anfrage über die finanzpolitische Lage des Landes Schleswig-Holstein. Durch das Land geht seit kurzem das von Finanzminister Hans-Hellmuth Quaken (FDP) geprägte Wort, Schleswig-Holstein sei aus finanziellen Gründen nicht mehr in der Lage, seine verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen.

Die Sorgen der Sozialdemokraten sind berechtigt. In den Landeskassen herrscht Ebbe. Die Bezahlung des Beamtenskörpers bereitet Sorgen. Das Wort von den Kassenkrediten geht um. Dabei ist Schleswig-Holstein im Laufe der Jahre immer weiter unter den Bundesdurchschnitt zurückgefallen. Eine Zahl beleuchtet das. Das Volkseinkommen betrug im Bundesdurchschnitt im letzten Jahr pro Einwohner 7 050 DM. In Schleswig-Holstein, dem armen kleinen Bruder im Norden, machte er aber nur noch 5 850 DM aus. Bei den Steuereinnahmen und Spareinlagen liegt Schleswig-Holstein am Ende der Bundesschlange. Aus eigener Finanzkraft kann man nun nur noch höchstens alte Schulden abdecken, aber Gemeinschaftsaufgaben sind nicht mehr finanzierbar.

Ministerpräsident Dr. Lemke ist im Bundesrat zugleich für die armen Länder Rheinland-Pfalz und Saarland mit aktiv geworden. Er wünscht eine Änderung des Länderfinanzausgleichs, wonach der Bund unter anderem Schleswig-Holstein 104 Millionen DM vom nächsten Jahr ab zahlen müßte. Der sozialdemokratische Oppositionsführer Käber unterstützt diese Initiative selbstverständlich, wies aber zugleich darauf hin, daß dieses Geld nur ausreicht, um wiedergutzumachen, was der Bundestag sperrte und Schleswig-Holstein aus eigener Kraft ohnehin nicht mehr decken kann. Nach der Ansicht der Sozialdemokraten, die gleichfalls einen Investitionsplan aufgestellt haben, muß Schleswig-Holstein in den nächsten fünf bis sieben Jahren eine Spritze von 2,5 Milliarden DM bekommen. Dieses Geld würde dann nicht einmal ausreichen, um der weiteren Verelendung des Landes im Norden zu begegnen.

Der Bund ist durch die Sozialdemokraten aufgerufen, für diesen Betrag jedenfalls Kapitaldienst und Bürgschaft zu übernehmen. Wenn man sich in Bonn an das Grundgesetz erinnert, weiß man auch, daß Bonn für die gleichmäßigen Lebensverhältnisse in den einzelnen Bundesländern zu sorgen hat.

Die Bundesregierung und die hohe Ministerialbürokratie dort haben den Vorstößen Dr. Lemkes bislang die kalte Schulter gezeigt. Man denkt bei der Bundesregierung überhaupt nicht daran, Schleswig-Holstein mit großen und direkten Finanzzuweisungen zu helfen. Man begreift offenbar nicht, was es bedeutet, wenn im nördlichen Bundesland vom Staatsbankrott gesprochen wird.

Es ist nicht Sache der Sozialdemokraten, nachzuprüfen, wer Schleswig-Holstein in die Finanzmisere hineingeritten hat. In den Reihen der Christlichen Demokraten weiß man aber sehr wohl, daß es jener Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel war, der dem Bonner Koalitionskabinett in jenen Jahren immer so gefällig sein wollte und niemals bereit war, mit harten Argumenten Geld für Schleswig-Holstein zu verlangen.

Wird Erhard von seinen Freunden ausmanövriert?

Der Kanzler im Spiegel der Presse

ep. - Auch die Wahlkampfführung ist eine Frage des guten Geschmacks und des politischen Stiles. Offensichtlich ist dieser bei den CDU-Wahlstrategen etwas außer Kontrolle geraten, denn im eigenen Haus macht sich die Presse schon Sorgen über die völlig deplazierten Entgleisungen ihres Kanzlers.

"Erhards dünne Haut ist sprichwörtlich und seine Fähigkeit Schläge hinzunehmen, ohne Wirkung zu zeigen, ist sicher in keiner Weise mit Adenauer zu vergleichen. Deshalb haben wir leichte Zweifel, ob ihm sein eigener aggressiver Wahlkampfstil auf die Dauer gut tun wird, - ein Stil, der sich wie eine Kopie des alten Adenauer-Rezepts ausnimmt: Schlag die SPD, wo sie zu treffen ist..."

Husumer Tageszeitung 10. August 1965

"Dabei übersahen sie, (Erhard und die CDU) daß das amerikanische Catch-as-catch-can keine Parole für Erhard ist. Anstatt einen Kandidaten nach den Vorstellungen der Wohlstandsbürger zu präsentieren, einen gewöhnlichen, humorigen und optimistischen Erhard mit der Zigarre, einen den Niederungen des Tageskampfes entzogenen Professor des Wirtschaftswunders, trimmten die Wahlkampfmanager ihren Spitzenkandidaten zu einem bandagierten Boxer, der Erhard nicht nur nicht ist, sondern auch sein bisheriges Image zerstört. Erhards harter Wahlkampfstil weckte daher in allen Wahlversammlungen Enttäuschung und erst nach rhetorischen Szenenwechsel zur Wirtschaftspolitik und Friedenspolitik, regten sich bei den Massen beifallsperdende Hände. ... Wenn die gegnerischen Wahlredner nach soundsciel Jahren immer noch die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokraten anzweifeln, so ist das kein überzeugender Wahlschlag mehr..."

Frankfurter Neue Presse 14. August 1965, CDU - nahestehend

"Erhards erwähnte Blindschleiche, eine Spätform des oppositioneller Blindgängers, war dabei noch das Mildeste. 'Die SPD ruiniert die Wirtschaft und Währung'... 'Eroschleicher' (Erhard) sogar der 'Untergang Deutschlands' war dabei..."

Die Feile der Wahlkampfstrategen war unschwer zu erkennen. Einzel-ig stürzte man sich auf den Feind und warf ihm den 15 000 in der rauchgeschwängerten Riesenhalle zum ersten Applausstest vor. Sollte der Test etwas taugen, dann zeigt er ungefähr dieses Ergebnis:

Bloßes Schimpfen genügt nicht, auch wenn flotte Wendungen belacht werden. Barsigs Wort vom 'Schimmi-Erhard' könnte für die CDU gefährlich werden..."

Münchener Merkur 10. August 1965, CDU - nahestehend

"In die Zustimmung dürfte sich aber auch etwas Verwunderung dardüer nischen, warum 'der Professor des Wirtschaftswunders' so aufgebracht ist. Erhards harter Wahlkampfstil entspricht so gar nicht dem Bild, das sich der Bürger vom Vater des Wohlstandes macht..."

Darmstädter Echo 12. August 1965

Nach diesen Urteilen könnte man meinen, der Kanzler werde von seinen eigenen Freunden ausmanövriert.